

D-01-03 NEU Dringlichkeitsantrag: Nach mehr als zweieinhalb Jahren Krieg in der Ukraine: Verteidigungsfähigkeit der Ukraine stärken und Zivile Konfliktbearbeitung fördern!

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch u.a. und Thomas Mohr u.a. (KV Vulkaneifel und KV München)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Seit Antragschluss zur BDK haben sich entscheidende Entwicklungen im
2 Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ergeben: Die
3 Demokratische Volksrepublik Korea beteiligt sich nunmehr auch mit eigenen
4 Truppen an Kampfhandlungen, der ukrainische Präsident Selenskyj hat einen – von
5 Fachleuten als unrealistisch eingestuften – „Siegesplan“ vorgestellt. Zudem
6 wurde im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages eindringlich
7 vor einer systematischen Desinformationskampagne Russlands in Deutschland
8 gewarnt.

9 Letztlich wird die Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump den weiteren
10 Kriegsverlauf massiv beeinflussen, da eine weitere Unterstützung durch die USA,
11 schon gar nicht auf dem extrem hohen finanziellen Niveau in Bidens Amtszeit,
12 fraglich ist. Die europäischen Mitglieder der NATO werden diesen Ausfall – wenn
13 er denn kommt – in keiner Weise ausgleichen können.

14 Die russische Invasion brachte eine historischen Zäsur der europäischen
15 Sicherheitsordnung. Unsere Haltung und unser Handeln werden darüber entscheiden,
16 ob unsere Ordnung, welche die UN-Charta und das Völkerrecht beachtet, ihre
17 gegenwärtige Krise übersteht oder ob militärische Gewalt und das Recht des
18 Stärkeren sich durchsetzen. Gerade unsere grüne Kernprogrammatik – zivile
19 Konfliktbewältigung im Sinne eines breiten und vernetzten Sicherheitsbegriffes
20 und dekolonialer Ansätze – erfordert dringend an diesem neuralgischen Punkt
21 beherrschtes Handeln. Zu all diesen Entwicklungen bedarf es baldigst einer
22 parteiinternen Debatte und Positionierung.

23 **1. Kriegspartei Nordkorea (Demokratische** 24 **Volksrepublik Korea)**

25 Durch den Einsatz nordkoreanischer Truppen im Ukrainekrieg ist eine neue
26 Situation im Kriegsgeschehen entstanden. Dieser Einsatz könnte im Gegenzug eine
27 Eskalation auf der koreanischen Halbinsel provozieren und stellt eine massive
28 Bedrohung nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die europäische sowie
29 asiatische Sicherheitsarchitektur (ASEAN) dar. Die militärische Allianz zwischen
30 Russland und Nordkorea ist ein klares Zeichen dafür, dass Moskau auf eine
31 internationale Eskalationsstrategie setzt, aber auch dass die Opferzahlen in
32 Russland mittlerweile eine innenpolitische Rolle spielen.

33 2. Friedensplan und atomare Gefahren

34 Die Situation der Ukraine ist entscheidend für die Zukunft der europäischen
35 Sicherheitsordnung. Für einen stabilen und nachhaltigen Frieden sind
36 Sicherheitsgarantien für die Ukraine essentiell. Diesbezüglich hat der
37 ukrainische Präsident auf dem EU-Gipfel und dem parallel stattfindenden NATO-
38 Treffen in Brüssel seinen sogenannten "Siegesplan" vorgestellt. Dabei hat er
39 ausgesprochen, dass eine nukleare Bewaffnung der Ukraine die einzige Alternative
40 zu einer NATO-Mitgliedschaft sei. Diese Drohung Selenskyjs, die ukrainische
41 Sicherheit durch den Besitz von Atomwaffen sicherstellen zu wollen – sollte sie
42 nicht NATO-Mitglied werden und/oder entsprechende Sicherheitsgarantien erhalten
43 –, verdeutlicht, wie sich in diesem Konflikt die Eskalationsspirale immer weiter
44 dreht und wie groß die Gefahr eines nuklearen Schlagabtausches ist, wenn wir
45 nicht unseren Beitrag zu einer Zivilen Konflikttransformation leisten.

46 Statt eine friedensfördernde Wirkung zu haben, führt diese Drohung zu einer
47 weiteren Verschärfung der globalen Sicherheitslage. Eine nukleare Aufrüstung der
48 Ukraine ginge derzeit nicht aus eigener ukrainischer Kraft, sie wäre schon gar
49 nicht von dieser zu finanzieren und würde so die unterstützenden Staaten nach
50 Russlands Doktrin zum direkten Angriffsziel machen.

51 Aber auch dem Sicherheitsinteresse der russischen Seite muss entgegen gekommen
52 werden, soll ein echter Friedensschluss – und kein Diktatfrieden zulasten der
53 Ukraine – erreicht werden. Als erster Schritt sollte von der deutschen Regierung
54 dazu eine Initiative zu neuen Abrüstungsabkommen zwischen NATO und Russland
55 erfolgen. Gestartet werden kann mit einer Wiederbelebung der gekündigten und
56 abgelaufenen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsverträge:

- 57 • INF, Abschaffung aller landgestützten ballistischen Raketen und
58 Marschflugkörper, 2019 ausgelaufen nach Kündigung durch die USA;
- 59 • KSE-Vertrag, konventionelle Streitkräfte, von Russland 2023 gekündigt;
- 60 • START-Vertrag, Reduzierung strategischer Trägersysteme für Nuklearwaffen,
61 Februar 2022 von Russland ausgesetzt;
- 62 • Open Skies, Überfliegen von Mitgliedsstaaten auf vorher vereinbarten
63 Routen, USA sind November 2020 ausgetreten, Russland folgte Dezember 2021

64 sowie mit neuen Initiativen.

65 3. Deutschland im Visier Russlands: 66 systematische Desinformations- und 67 Propagandakampagnen

68 Russland betrachtet die Bundesrepublik Deutschland und den Westen schon seit
69 längerer Zeit als Kriegsgegner und führt bereits einen hybriden Krieg gegen den
70 Westen. Dies wurde in der jüngsten öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen
71 Kontrollgremiums (PKGr) deutlich, bei der systematische russische
72 Desinformations- und Propagandakampagnen, durchgeführt durch Geheimdienste und
73 sogenannte "Trollfabriken", im Zentrum standen. Diese Angriffe zielen darauf ab,
74 unsere Demokratie zu destabilisieren und das Vertrauen in unsere Institutionen

75 zu untergraben. Ein aktuell alarmierendes Beispiel ist die Einmischung in das
76 Referendum in der Republik Moldau und in die Wahl in Georgien, wo Moskau
77 Maßnahmen ergriffen hat, um freie und faire Wahlen zu torpedieren.

78 **4. Russland rüstet massiv auf, liegt aber immer** 79 **noch weit hinter der NATO**

80 Parallel dazu baut Russland seine konventionellen Streitkräfte massiv aus und
81 strukturiert diese neu. Es hat seine Ökonomie auf Kriegswirtschaft umgestellt,
82 2025 läge der Etat dann bei knapp 130 Milliarden €. (Zum Vergleich: allein der
83 Etat von GB, Frankreich, Deutschland, Polen und Italien liegt in der Summe bei
84 ca. 310 Milliarden €, der Etat der USA bei 968 Milliarden US-\$) Es wird
85 behauptet, dass Russland spätestens gegen Ende dieses Jahrzehnts personell und
86 materiell in der Lage sein wird, einen Angriff gegen einzelne NATO-Länder zu
87 starten, ohne eine sofortige Niederlage fürchten zu müssen.

88 Auch wenn die Gefahr eines russischen Angriffes durchaus besteht, könnte die
89 NATO selbst ohne die USA militärisch so dagegenhalten, dass ein Angriff nicht
90 erfolgreich wäre. Nötig bleibt es, dass die Unterstützung der Selbstverteidigung
91 der Ukraine, aber vor allem diplomatische Vermittlungen und Initiativen
92 vorangetrieben werden, um das dauerhafte Sterben zu beenden. Der langanhaltende
93 Krieg destabilisiert die gesamte Region und Westeuropa.

94 **5. Stimmen des „Globalen Südens“**

95 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die internationale Zusammenarbeit
96 Deutschlands postkolonial und antirassistisch auszurichten. Deshalb ist es uns
97 besonders wichtig, auf die Stimmen aus dem sogenannten „Globalen Süden“ zu
98 hören. Brasilien, Mexiko, Indien, Indonesien, die Afrikanische Union und andere
99 Staaten haben Ideen und Initiativen für ein Ende des Krieges eingebracht. Diese
100 Ansätze wollen wir fördern und unterstützen. Denn wir wissen: In dieser
101 hocheskalierten Situation braucht es hilfreiche Dritte, die das Vertrauen beider
102 Kriegsparteien gewinnen können. Nur unter aktiver Beteiligung des Globalen
103 Südens kann realistischerweise ein Waffenstillstand ermöglicht und ein
104 Friedensprozess eingeleitet werden. So wird auch eine wünschenswerte Fortsetzung
105 der Friedenskonferenz in der Schweiz vermutlich in einem nicht-europäischen Land
106 stattfinden müssen, das nicht nur von der Ukraine, sondern auch von Russland als
107 Vermittler akzeptiert wird.

108 **6. Vermittlungs- bzw. Kontaktgruppe**

109 China hat sich zuletzt außenpolitisch – unabhängig von seinem Umgang mit
110 Menschenrechten im Inneren und seiner Taiwanpolitik – mehrfach als erfolgreicher
111 Vermittler in aktuellen Konflikten profiliert (Iran und Saudi Arabien, Fatah und
112 Hamas). China ist allerdings ein zunehmend wichtigerer Verbündeter Russlands und
113 kann deshalb aus westlicher Sicht schwerlich als neutraler Vermittler gelten.
114 Wenn auf westlicher Seite eine Bereitschaft zur Einleitung von im Rahmen des
115 Völkerrechts grundsätzlich ergebnisoffenen Verhandlungen zur Beendigung des
116 russischen Angriffskriegs besteht, könnte China in Kombination mit den USA auf
117 die aktiven Kriegsparteien – Russland und die Ukraine – in Richtung eines
118 Kriegsendes einwirken. China und die USA könnten ihre spezifischen Kompetenzen
119 gemeinsam mit anderen Staaten in eine größere Vermittlungs- bzw. Kontaktgruppe

120 einbringen. In diesem Fall könnten sich die nahen Beziehungen zwischen China und
121 Russland einerseits und zwischen den USA und der Ukraine andererseits als Chance
122 für das lang erhoffte Ende von Leid, Tod und Zerstörung in der Ukraine erweisen.

123 7. Eigenes Verhalten des Westens in den Blick nehmen

124 Wir wissen, wie wichtig es für einen Vertrauensaufbau ist, nicht reflexhaft die
125 andere Seite zu rügen, sondern selbstkritisch das eigene Verhalten in den Blick
126 zu nehmen. Wir prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein
127 anderes an. Deshalb betonen wir an dieser Stelle ausdrücklich, dass der
128 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nicht der einzige
129 seiner Art in den letzten Jahrzehnten ist. Wir erinnern beispielhaft an den von
130 der US-Regierung unter G.W. Bush geführten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
131 gegen den Irak 2003, den die damalige rot-grüne Bundesregierung aus guten
132 Gründen abgelehnt hat. Der Angriff der USA und ihrer „Koalition der Willigen“
133 auf den Irak erfolgte trotz fehlenden UN-Mandats. Die von den USA dem UN-
134 Sicherheitsrat vor dem Angriff vorgelegten angeblichen Beweise für eine Existenz
135 von Massenvernichtungswaffen im Irak erwiesen sich im Nachhinein als Lüge.
136 Unsere Zustimmung im Jahr 1999 zum – ebenfalls ohne Mandat des UN-
137 Sicherheitsrats erfolgten – Angriff der NATO auf Serbien, um einem befürchteten
138 Völkermord im Kosovo zuvorzukommen, war für uns eine „statthafte Ausnahme, aber
139 kein Präzedenzfall“. Wir müssen jedoch einräumen, dass Russland diesen NATO-
140 Angriff auf Serbien damals sehr wohl als Bruch des Völkerrechts eingeordnet hat
141 und ihn heute für seine Argumentation im Hinblick auf den eigenen Angriffskrieg
142 gegen die Ukraine benutzt.

143 8. Klimakrise erfordert globale Zusammenarbeit statt Aufrüstung

144 Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist
145 und bleibt die Klimakrise. Ein Jahrhundert der Konfrontation und der Aufrüstung
146 kann sich die Menschheit nicht leisten. Nur gemeinsam können die Erderwärmung
147 gestoppt und ihre Folgen abgemildert werden. Dafür werden auch die Reform und
148 die Stärkung der globalen Institutionen, insbesondere der UN-Institutionen
149 notwendig sein.

150 Der Beginn eines ernsthaften Gesprächsprozesses aller direkt und indirekt
151 Beteiligten des Ukrainekriegs in Richtung Waffenstillstand und
152 Friedensverhandlungen wäre ein weltweites Hoffnungszeichen. Eine gemeinsame
153 Konfliktlösung stellt eine große Ermutigung dar, um die für das Überleben der
154 Menschheit als Ganzes wirklich wichtigen Aufgaben zusammen engagiert anzugehen.
155 Statt einer gefährlichen Aufrüstungsspirale können so wieder
156 Abrüstungsverhandlungen in Gang kommen. Dann können die Ressourcen, die momentan
157 für Militär und Rüstung eingeplant werden, für die dringend nötige Bekämpfung
158 der Klimakrise, des Artensterbens und die Stärkung des Naturschutzes verwendet
159 werden.

160 Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, dass wir – als einzelne Menschen und als
161 gesamte Menschheit – über die Fähigkeit der konstruktiven Konflikttransformation
162 verfügen. Wenn wir gleichwertig und fair zusammenarbeiten, sind wir in der Lage,
163 die aktuellen Krisen und Konflikte zu meistern. Dafür setzen wir uns ein! Dieses
164 wichtige Zeichen der Hoffnung und Ermutigung wollen wir von diesem Parteitag
165 aussenden.

166 Resümee

167 Die EU und die NATO müssen zukünftig nicht nur mit möglichen russischen
168 Angriffen rechnen. Sie müssen vor allem ihre internationale Politik ändern, um
169 von den Ländern außerhalb unserer Bündnisse als glaubhafte Partner anerkannt zu
170 werden. Andernfalls droht eine breite Allianz gegen den Westen. Die von der
171 Ukraine geforderte Lieferung von weitreichenden Waffen und die Genehmigung ihres
172 Einsatzes befördert eine Eskalation.

173 Wir müssen als eine der führenden Mächte in Richtung einer nichtmilitärischen
174 Konfliktlösung aktiv werden. Ernsthafte diplomatische Lösungen und echte
175 Friedensverhandlungen müssen vorangetrieben werden. Dabei muss gleichzeitig die
176 militärische Unterstützung der Ukraine in der Verteidigung gegen die gemäß
177 Kapitel VII UN-Charta völkerrechtswidrigen Angriffe Russlands auf zivile Ziele
178 gestärkt werden. Wir als Bündnis 90/Die Grünen können und müssen eine starke
179 Stimme der Unterstützung für Sicherheit und Frieden sein – auch mit Blick auf
180 unsere Geschichte und unsere Beschlusslage. Wir müssen uns in unseren
181 bevorstehenden programmatischen Debatten und Wahlkämpfen auch dezidiert
182 positionieren.

183 Wir dürfen das Friedensthema nicht anderen Parteien in Deutschland überlassen.
184 Bündnis 90/Die Grünen müssen weiter als starker Partner an der Seite der Ukraine
185 stehen und gleichzeitig die Vermittlungsbemühungen des Globalen Südens fördern.
186 Wir dürfen die Menschen in der Ukraine nicht alleine lassen. Sie brauchen
187 dringend Frieden!

188 Die BDK beschließt vor dem Hintergrund dieser 189 kritischen Lage:

- 190 1. diplomatische Initiativen neutraler Staaten (u.a. des Globalen Südens)
191 aktiv zu unterstützen und zu intensivieren mit dem Ziel, schnellstmöglich
192 einen Waffenstillstand und in der Folge Friedensverhandlungen einzuleiten
- 193 2. auf die bisherigen Unterstützer Russlands wie BRICS oder Vermittler wie
194 die Türkei zuzugehen und deren Vorschläge (z.B. Chinas 12-Punkte-Plan)
195 aufzugreifen, um Bündnisse gegen die Ordnung der UN-Charta und des
196 Völkerrechtes zu verhindern
- 197 3. eine deutliche Positionierung bezüglich Schutzgarantien für die Ukraine im
198 Fall eines Friedensschlusses zu erarbeiten
- 199 4. eine deutliche Stärkung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit, vor allem
200 der zivilen Ziele – unter Einbeziehung von Konzepten sozialer

- 201 Verteidigung, aber auch eines funktionierenden „Iron Dome“ –, zu
202 ermöglichen
- 203 5. uns klar zu positionieren, dass eine atomare Bewaffnung der Ukraine nicht
204 akzeptabel ist
- 205 6. die Ukraine bei Aufbau und Stärkung einer dezentralen Energieinfrastruktur
206 zu unterstützen
- 207 7. das außenpolitische Profil von Bündnis 90/Die Grünen als Partei
208 hervorzuheben, die konsequent an der Seite der Angegriffenen steht und für
209 die Bewahrung von Menschenrechten, unsere europäische Sicherheitsordnung
210 und eine regelbasierte Weltordnung, die sich auf die UN-Charta und das
211 Völkerrecht gründet, einsteht
- 212 8. diese Fragen im (außenpolitischen) Programmprozess und im
213 Bundestagswahlkampf zu priorisieren.
- 214 9. Es gibt ein großes Bedürfnis nach innerparteilicher Debatte bei diesem
215 Thema. Verschiedene grüne Grundüberzeugungen stehen hier in Konflikt
216 miteinander. Es handelt sich um eine Dilemma-Situation, in der es keine
217 einfache, schmerzlose Entscheidung gibt. Um Positionen für eine immer
218 weitgehendere militärische Unterstützung der Ukraine und Positionen für
219 eine (verstärkte) Unterstützung externer Verhandlungsbemühungen in ein
220 konstruktives Gespräch miteinander zu bringen, wird ein innerparteilicher
221 Gesprächsprozess initiiert. Der Bundesvorstand achtet darauf, dass in
222 diesem Gesprächsprozess beide Positionen gleichwertig beteiligt werden.
223 Aus diesem Gesprächsprozess ergeben sich die Formulierungen für das
224 Bundestagswahlprogramm.

Begründung der Dringlichkeit

aus Antragsverfahren

Begründung

Dieser Antrag ersetzt die Anträge D-01/02, D-01-031, D-01-060, D-01-065, D-01-065-2, D-01-081-2,
D-01-092